

„Ein solidarisches Polen statt Liberalismus“

Das alte Misstrauen gegenüber Deutschland lebt wieder auf

Zur aktuellen politischen Entwicklung in Polen

von

Stephan Raabe

Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen

Warschau, 16. August 2006

Neue Koalitionsregierung

Nach gut sechs Monaten **Minderheitsregierung** der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) nach den Parlamentswahlen vom September 2005 wurde Anfang Mai eine **Koalitionsregierung** mit der bäuerlich sozialpopulistischen „Selbstverteidigung“ (Sam) und der konservativ national-katholischen „Liga der Polnischen Familien“ gebildet. Damit hat das konservativ-soziale **Lagerkonzept** der Wahlsiegerin PiS, in dem die populistischen Parteien eingebunden werden, konkret Gestalt angenommen und muss sich jetzt in der Regierungsverantwortung bewähren. Dem Liberalismus wird die Vision eines „solidarischen Polen“ entgegengesetzt. Angesichts der relativen Unberechenbarkeit der Regierungspartner befindet sich das Land politisch jedoch weiter in einer Phase **stabiler Instabilität**. Im November finden landesweit **Regionalwahlen** statt, bei denen die Wähler eine erste Bewertung abgeben können.

Perspektiven der Opposition

Die mit der CDU partnerschaftlich verbundene liberal-konservative „**Bürgerplattform**“ (PO) hält sich derweil als stärkste Oppositionspartei (130 von 460 Mandaten) für den Fall des Scheiterns der Regierung bereit. Mit Blick auf die Regionalwahlen will die PO Kräfte sammeln und mobilisieren. Will sie das Land regieren, bleibt sie aber auf die PiS als Partner angewiesen, weshalb die PO auf eine eher konstruktive Opposition setzt. Für eine Koalition mit den in der Erneuerung befindlichen Linksdemokraten (SLD, SDPL) ist es derzeit zu früh. Nach einer Neuwahl mit Sieg der PO und einer Verweigerung der PiS erscheint diese Option allerdings durchaus möglich. Bei den Vorstandswahlen im Juni hat der Partei- und Fraktionsvorsitzende der PO **Donald Tusk** seine Position stärken können: seine Personalvorschläge wurden mit klarer Mehrheit angenommen. **Jan Rokita**, Premier-Kandidat der PO und bisher Vizevorsitzender, ist nicht mehr im Vorstand vertreten. Er soll die Fraktionsführung übernehmen. In den Umfragen liegen PO und PiS zwischen 25 und 30 % nahezu gleich auf.

Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten

Am 14. Juli ist der bisherige Premierminister **Kazimierz Marcinkiewicz** (PiS) von dem Parteivorsitzenden der PiS **Jaroslav Kaczynski**, dem Zwillingsbruder des Staatspräsidenten, abgelöst worden. Damit hat der eigentlich strategische Kopf und mächtigste Mann der größten Regierungspartei die Amtsverantwortung übernommen. Die **Regierung** setzt sich jetzt aus 21 Ministern zusammen: zehn der **PiS** mit den Kernressorts Ministerrat, Außen- und Innenpolitik, Finanzen, Verteidigung, Justiz; sechs unabhängigen Ministern darunter Wirtschaft,

Schatzministerium, Regionalentwicklung, Gesundheit; drei Vertretern der **Sam** (Vizepremier und Landwirtschaft, Arbeit und Soziales, Bau) sowie zwei Ministern der **LPR** (Vizepremier und Bildung, Seewirtschaft). Politisch haben sich die Brüder Kaczynski eine grundlegende Staatsreform und entschiedene außenpolitische Interessenvertretung auf die Fahnen geschrieben.

Das Projekt „IV. Republik“

Hauptziele der Regierung sind die Senkung der Arbeitslosigkeit von derzeit ca. 18 %, die Reform der öffentlichen Finanzen und des Sozialstaats, der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (bis 2013 sollen rund 3.500 km Autobahnen und Schnellstraßen entstehen), das Vorgehen gegen Korruption, Kriminalität und Bürokratie sowie die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit. Das Reformprogramm firmiert unter dem Slogan der Bildung einer neuen **IV. Republik**, in der man die „Krankheiten“ der III. Nachwenderepublik kurieren will. Damit gibt die PiS eine ähnlich griffige Zielvorstellung vor, wie dies früher der NATO- und EU-Beitritt gewesen war. Erste Schritte wurden unternommen: Der Rundfunkrat wurde neu besetzt, eine neu geschaffene, zentrale Antikorruptionsbehörde hat Ende Juli die Arbeit aufgenommen, der alte Militärgeheimdienst wird aufgelöst und bis Oktober durch zwei neue ersetzt, mit einem neuen Gesetz wurden die Akten des Staatssicherheitsdienstes der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und eine schärfere Überprüfung und Ahndung von Spitzeldiensten eingeführt.

Rückkehr zum Misstrauen gegenüber Deutschland

In der **Außenpolitik** beansprucht der Präsident, den Ton anzugeben. Sie wird in einer Mischung aus internationaler Unerfahrenheit, nationalem Selbstbewusstsein und einem Anspruchsdenken intoniert, das sich aus dem Selbstverständnis als Opfer des europäischen Imperialismus, Nationalismus und Kommunismus speist, die vor allem von Deutschland und Russland ausgingen. Gegenüber **Deutschland** ist im Zuge der Diskussionen um Europa, die Gaspipeline in der Ostsee, das Zentrum gegen Vertreibungen und den Umgang mit Geschichte in Regierungskreisen eine **Rückkehr zum alten Misstrauen** zu verzeichnen. Zuletzt hat eine in der linksalternativen „taz“ publizierte „Satire“ über die Gebrüder Kaczynski, die in Polen fahrlässig hochgespielt wurde, für Irritationen und Unverständnis auf beiden Seiten gesorgt. Das Amt des Beauftragten für die Beziehungen mit Deutschland ist seit Mai unbesetzt. Um die neue Fremdheit und Distanz zu überwinden, bedarf es eines intensiven vertrauensbildenden Dialogs und vor allem gemeinsamer Initiativen.

Positiv ist zu vermerken, dass in der polnischen Bevölkerung in den vergangenen Jahren trotz der politischen Turbulenzen die Akzeptanz und Sympathie gegenüber Deutschland noch gewachsen ist und ein hohes Niveau hat. Der Tonfall der politischen Auseinandersetzung in Polen zeigt insofern ein falsches Bild der deutsch-polnischen Alltagswirklichkeit. Hier bewerteten Ende letzten Jahres fast 80 % der Polen die Beziehungen zu Deutschland positiv und sahen Deutschland nach den USA als wichtigsten Partner an. 72 % meinten, dass gegenüber Deutschland Zusammenarbeit und Kompromiss im Vordergrund stehen sollten, nicht die nationale Interessenvertretung.

Die größten Befürchtungen richten sich in Polen gegen **Russland** und die deutsch-russischen Beziehungen. Die **transatlantischen Beziehungen** werden als Priorität für die Sicherheit Polens angesehen. In diesem Kontext wird aktuell die Diskussion über die Stationierung der US-Raketenabwehr in Polen und das militärische Engagement im Irak geführt.

Ein Europa der Nationen

Mit Blick auf die Mitgliedschaft in der **EU** spielt 16 Jahre nach Wiedererlangung der Souveränität die Bewahrung nationaler Identität und Selbstbestimmung eine bedeutende Rolle. Der **EU-Verfassungsvertrag** und die durch ihn angestrebte Vertiefung der politischen Union

werden deshalb abgelehnt. Leitbild ist ein solidarisches **Europa der Nationen**. Befürwortet wird die weitere Erweiterung der Union insbesondere im Osten, gefürchtet die Dominanz Deutschlands und Frankreichs. Der Euro soll erst ab 2012 eingeführt werden. Zukünftig wird es darauf ankommen, inwieweit die PiS auch in der Außenpolitik zu Zugeständnissen an den anti-westlichen Populismus ihrer Koalitionspartner gezwungen sein wird, der zu verengten Spielräumen in der Europa- und Deutschlandpolitik führen könnte.

Mit 50 % des Pro-Kopf-Inlandsproduktes der EU ist Polen eines der am wenigsten entwickelten Länder der Gemeinschaft. Es erhält mit über 60 Mrd. Euro in den Jahren 2007-13 den größten Anteil der EU-Fördergelder unter den Mitgliedsländern. Die Bevölkerung befürwortet mit über zwei Dritteln laut Umfragen die Mitgliedschaft in der EU und hat weit mehr Vertrauen in europäische Institutionen (über 50 %) als in die eigene Regierung (22 %). Da ist die mit Blick auf die Regionalwahlen in Polen von der LPR angezettelte und vom Staatspräsident und Justizminister befürwortete Debatte über die Wiedereinführung der **Todesstrafe**, die unvereinbar mit der EU-Mitgliedschaft ist, ein Spiel mit dem Feuer. Es trägt nicht zur Verbesserung des sowieso bereits angekratzten Rufes Polens auf der europäischen Bühne bei. Der Premierminister hat sich unterdessen von der Debatte distanziert und das Außenministerium damit beauftragt, für eine Verbesserung des Bildes Polens im Ausland zu sorgen. Eine Imagekampagne ersetzt aber nicht konstruktive politische Initiativen.

Weiterführende Informationen enthalten die KAS-Länderberichte Polen (siehe: www.kas.de)

- Stabile Instabilität vom 26. März 2006 (auch in: KAS Auslandsinformationen 4/06)
- Mehr Akzeptanz und Sympathie. Deutschland und die Deutschen in den Augen der Polen 1999 – 2005 vom 1. Mai 2006 (auch in: KAS Auslandsinformationen 6/06)
- Neue Regierung in Polen vom 5. Mai 2006
- Werkzeug der Hegemonie oder Ideengeber in Europa? Das Weimarer Dreieck aus polnischer Sicht vom 20. Juni 2006
- Premierminister-Wechsel in Polen. Warum der polnische Premier Bürgermeister und der Parteichef Premier wird und das deutsch-polnische Verhältnis in eine Sackgasse zu geraten droht vom 14. Juli 2006 (polnisch im politischen Magazin Wprost v. 30. Juli)
- Regierungserklärung und Vertrauensvotum vom 22. Juli 2006